

niedersachsen magazin

3

März 2023 • 85. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Warnstreiks in Niedersachsen



Seite 3 <

Großdemo
in Hannover

Seite 6 <

Aktionen der
NBB-Mitglieds-
gewerkschaften

Seite 7 <

Fahrradleasing



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen bestimmen auch weiterhin im Schwerpunkt unsere aktuelle Arbeit und Herausforderung. Momentan müssen wir feststellen, dass die Arbeitgeberseite auch nach der zweiten Verhandlungsrunde am 22. und 23. Februar in Potsdam kein akzeptables Angebot vorgelegt hat. Dieses Verhalten war auf der einen Seite zu erwarten, sind wir doch schon im Herbst des vergangenen Jahres davon ausgegangen, dass wir es in dieser Runde mit sehr schwierigen und gegensätzlichen Verhandlungen zu tun haben werden.

Dass die Arbeitgeberseite aber weiterhin derart mauert, wirkt auf die Betroffenen im Minimum befremdlich und ist aus meiner Sicht auch durch nichts zu rechtfertigen.

■ Unsere Forderungen

Dabei haben sich die Randdaten und Grundvoraussetzungen bislang nicht geändert. Weder unsere Forderungen von 10,5 Prozent und mindestens 500 Euro mehr Einkommen noch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen sich unsere Beschäftigten tagtäglich auseinandersetzen müssen. Nach wie vor ist die Inflationsrate außerordentlich hoch, spürbar für alle Beteiligten und es geht im Kern vor allem darum, Realeinkommensverluste für unsere Beschäftigten zu vermeiden.

■ Fachkräftemangel ist zunehmend spürbar

Was unsere Kolleginnen und Kollegen aber zunehmend spüren, ist auch hier der Fachkräftemangel, der es zunehmend schwieriger macht, geeignetes und motiviertes Personal für unsere Tätigkeiten zu gewinnen und den Nachwuchs auch für die kommenden Jahre zu sichern. Der öffentliche Dienst wird Angebote machen müssen, auch in finanzieller und perspektivischer Hinsicht, damit wir die große Last des Aufgabenzuwachses in der Zukunft bewältigen können. Aber diese Angebote vermissen wir seitens der Arbeitgeberseite, zumindest auf Ebene des Bundes und der Kommunen nach wie vor.

■ Unsere Aktionen schreiten voran

Wir haben in den letzten Wochen, insbesondere seit der ersten Tarifrunde, diverse Aktionen im Bundesgebiet sowie auch in Niedersachsen und vor allem im Rahmen der Demonstration des dbb und des NBB in Hannover am 28. Februar durchgeführt. Dabei ist die Stimmung unserer Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrem jeweiligen beruflichen Hintergrund, nahezu identisch. Unsere Menschen im öffentlichen Dienst sind es leid, dass ihre Leistungen allenthalben anerkannt und beklatscht werden, wenn es aber um die persönliche Bezahlung geht, keine Unterstützung seitens der Arbeitgeber zu erwarten ist.

Insbesondere in den Kommunen spüren unsere Bürgerinnen und Bürger ganz direkt, ob sie sich auf den Staat verlassen können. Wir erleben aber zunehmend, dass vor dem Hintergrund der Personalknappheit und der zunehmenden Aufgabenzuweisung eine Daseinsvorsorge für die Menschen in diesem Land nur noch eingeschränkt zu realisieren ist. Es muss endlich in den Köpfen der Verantwortlichen ankommen, dass es in dieser Tarifrunde um deutlich mehr geht, als wir es in der Vergangenheit gewohnt waren.

■ Finanzielle Lage sollte kein Hindernis sein

Darüber hinaus hören wir seitens der Arbeitgeber die immer gleichen Narrative. Die öffentlichen Kassen sind leer, die Forderungen der Gewerkschaften im Ergebnis nicht zu finanzieren. Hinsichtlich der Finanzbelastung der Kommunen mag man durchaus akzeptieren, dass diese angesichts der anstehenden Herausforderungen absolut angespannt sind. Diese Anspannung darf und kann aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden. Es muss endlich gelingen, dass die Kommunen mit akzeptablen finanziellen Möglichkeiten ausgestattet werden. Hier liegt eine große Verantwortung des Bundes, aber auch der einzelnen Bundesländer, die allesamt gerne Aufgaben und Zuständigkeiten an die Kommunen übertragen, gleichzeitig aber nicht bereit sind, diese mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten.



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Ein deutliches Indiz war beispielsweise der durchgeführte Flüchtlingsgipfel im Februar dieses Jahres. Die Last der Kommunen dahingehend, die vielen Geflüchteten, insbesondere aus der Ukraine, unterzubringen, ist anerkanntermaßen hoch. Dass die Bundesinnenministerin aber gleichzeitig und nahezu reflexartig betont, dass zusätzliche Finanzzuweisungen des Bundes nicht zu erwarten sind, trifft auch uns schwer. Denn es sind unsere Kolleginnen und Kollegen, die gerade alles daran setzen, die zu uns geflüchteten Menschen bestmöglich unterzubringen und zu versorgen.

Im Hinblick auf dieses Thema hat der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach kürzlich einen nationalen Kraftakt und eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen gefordert, um die migrationspolitische Herausforderung ein für alle Mal in kontrollierte, finanzielle und infrastrukturell gesicherte Bahnen zu lenken. Dieser Forderung kann man sich nur anschließen, denn auch hier wird wieder deutlich, wie sehr insbesondere der Bund durch unterschiedliches Kompetenzgerangel oder – um es noch deutlicher zu formulieren – durch Verschiebung von Zuständigkeiten dieses Land und im Ergebnis die Probleme erneut auf dem Rücken der Betroffenen und gleichzeitig unserer Beschäftigten austrägt.

■ Das Aushöhlen der Funktion des Staates soll verhindert werden

Was wird dadurch deutlich? Die Tarifverhandlungen sind ein für uns natürlich wesentlicher Baustein, wenn es um die Zukunft unserer Beschäftigten geht. Gleichzeitig sind sie aber auch nur ein Teil eines nationalen Kraftaktes, um dieses Land endlich wieder zum Laufen zu bringen. Wenn der öffentliche Dienst, dabei in dieser aktuellen Runde insbesondere die Beschäftigten aus Bund und Kommunen, weiter hinten runterfällt dann wird das Funktionieren dieses Staates letztendlich ausgehöhlt und weiter im Minimum

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin). **Redaktionsschluss:** 01.03.2023
Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorengabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.
Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Friedhelm Windmüller

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Layout: Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 27, gültig ab 1.1.2023.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

handlungseingeschränkt. Diese Entwicklung gilt es, gemeinsam zu verhindern.

Unabhängig vom Ausgang dieser Verhandlungen blicken wir schon jetzt auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen der Länder im Herbst.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im Landesdienst und im Ergebnis auch unsere Beamtinnen und Beamten, blicken schon jetzt mit Sorge auf das, was auf uns zukommt. Es gilt jetzt, sich zusammenschließen, um den Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Kommune zur Seite zu stehen und dann im weiteren Schritt gleichermaßen zugunsten unserer Landesbeschäftigten etwas zu erreichen.

Die Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes muss endlich beendet werden. Dafür gilt es, alle Kräfte zu bündeln, und ich darf schon jetzt diejenigen, die ganz aktuell durch gezielte Aktionen und Demonstrationen für unsere Rechte streiten, herzlich danken. Ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingen wird, gemeinsam zu einem guten Ergebnis zu kommen, um den öffentlichen Dienst und seine hier Beschäftigten zukunftsfähig auszustatten.

Kritischer Blick auf die Bildungspolitik

Auch in der Niedersächsischen Landespolitik stehen uns derzeit und in nächster Zukunft schwere Gespräche bevor. Die neue Landesregierung ist mittlerweile über 100 Tage im Amt und darf sich eines kritischen Blickes unserer Organisation sicher sein. Insbesondere in der Bildungspolitik haben

wir in der vergangenen Zeit deutlich wahrgenommen, in welcher schwieriger Situationen wir uns für Schülerinnen und Schüler, für die betroffenen Eltern, aber auch für unsere Kolleginnen und Kollegen befunden haben. Diese Erkenntnis ist keinesfalls neu und trifft auf weite Teile der öffentlichen Verwaltung zu. Konkrete Konzepte, vor allem solche, die nicht auf zusätzliche Einschränkungen ausgerichtet sind, sondern tatsächliche Entlastungen und Verbesserungen für unsere Beschäftigten erkennen lassen, vermissen wir nach wie vor.

Gleichwohl wird der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften auch weiterhin alles daran setzen, in einem Konsens mit der Landespolitik eben diese dringend erforderlichen Konzepte voranzutreiben, um endlich die notwendigen Verbesserungen herbeizuführen.

Schon jetzt danke ich für Ihre und Eure Unterstützung.

Ihr/euer

Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender NBB

Einkommensrunde 2023 Bund und Kommunen – Warnstreik und Großdemo am 28. Februar 2023 in Hannover

Rund 1 500 Demonstrierende haben gemeinsam aus vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes ein starkes Signal gesetzt und der Arbeitgeberseite durch diese Großdemo in Niedersachsen deutlich gemacht, dass wir dieses Auftreten der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen nicht mehr akzeptieren.

„Dieses Angebot ist eine Mogelpackung“

Die Arbeitgebenden haben in der zweiten Verhandlungsrunde der Einkommensrunde 2023 am 22./23. Februar 2023 ein Angebot vorgestellt, das bei näherer Betrachtung eine Mogelpackung ist. Insbesondere den von den Gewerkschaften geforderten Mindestbetrag lehnt die VKA kategorisch ab.

Diese Entwicklung war zu befürchten und rief unsererseits sowie von den Gewerkschaften und Verbänden eine entsprechende Reaktionen hervor. Aus



diesem Grunde haben wir mit dem dbb zur Demonstration am 28. Februar 2023 auf dem Ernst-

August-Platz vor dem Hauptbahnhof in Hannover aufgerufen.

Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, betonte bei seiner Rede, „dass die Kolleginnen und Kollegen keinerlei Verständnis mehr für die Hinhaltetaktik und Mogelpackungen der Arbeitgeberseite haben.“

Gerade in Anbetracht der Inflation und immer wieder von der Politik geäußerten Wertschätzung brauchen wir jetzt Taten, die wir in der Tasche spüren“, forderte er unter dem lautstarken Applaus der Demonstrierenden.

Auch im Umgang mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes brauche es eine „Zeitenwende: Wertschätzung heißt leistungsgerechte Bezahlung, moderne Arbeitsbedingungen und verlässliche Perspektiven für junge Menschen. Jeder Arbeitgeber, der in diesen Punkten nicht



liefert, hat heute schon verloren und wird es morgen nicht mehr schaffen, Leute zu finden und dauerhaft zu binden, um die anstehenden Aufgaben zu übernehmen. Im Bereich der Daseinsvorsorge ist ein solches Szenario schlicht keine Option, denn damit brächten wir unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität gleichermaßen in Gefahr“, mahnte Zimbehl.

Bund und VKA seien daher gut beraten, in der nächsten Verhandlungsrunde endlich die richtigen Weichen für einen auch in Zukunft funktionierenden Staatsdienst zu stellen.

■ „Betontaktik der Arbeitgeber ist zukunftsfeindlich“

Die Geduld der Beschäftigten mit den Arbeitgebern in der laufenden Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ist „am Anschlag“, stellte der dbb Bundesvorsitzende vor über tausend Demonstrierenden in Hannover fest, die dem Aufruf zur zentralen Protestkundgebung gefolgt waren

„Die Betontaktik der Arbeitgeber ist zukunftsfeindlich. Sie bremst uns aus, sie schätzt uns nicht wert und sie sendet fatale Signale an den so dringend über all unsere Branchen hinweg benötigten Berufsnachwuchs“, kritisierte Silberbach.

■ „Die Arbeitgeber sollen endlich ein anständiges Angebot auf den Tisch legen“



Dr. Peter Specke, 2. Landesvorsitzender des NBB und Vorsitzender der komba gewerkschaft Niedersachsen, kritisierte die „Leere-Taschen-Rhetorik“ insbesondere der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA):

„Der Tariftisch ist der falsche Ort, um die finanziellen Probleme der kommunalen Haushalte zu lösen. Wir streiten gar nicht ab, dass hier Handlungsbedarf besteht, aber die Beschäftigten sind definitiv nicht die richtigen Adressaten in dieser Angelegenheit. Wir werden nicht zulassen, dass die Altschulden auf unserem Rücken abgeladen werden“, machte Specke deutlich. „Die finanzielle Lage beispielsweise der Kitaerzieherin oder des Bauhofmitarbeiters ist viel dramatischer als die des Stadt- und Staatsäckers, zumal die Kommunen erwiesenermaßen Einnahmen verzeichnen und im letzten Jahr sogar einen Nettoüberschuss erzielt haben.“

Die Arbeitgeber sollten aufhören, „Scheindiskussionen zu führen und endlich ein anständiges Angebot auf den Tisch legen“, forderte Specke.

■ Hintergrund und Forderungen

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen. Unsere berechtigten Forderungen für eine faire aktuelle Anpassung sind:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungs-, Studierenden- und Praktikantenentgelte um 200 Euro sowie eine unbefristete Azubi-Übernahme
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volu-

mens auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes

➤ Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und -beamten

➤ Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit

Betroffen sind folgende Tarifbereiche: TVöD, TV-BA, Tarifverträge für die Träger der Deutschen Rentenversicherung, Tarifverträge für die Träger der DGUV, Tarifverträge für die Bundesbank, des TV-Fleischuntersuchung (VKA) und TV-V sowie TV-AVH. Die Auszubildenden und Schüler(innen), Praktikantinnen/Praktikanten und dual Studierenden nach dem TVAöD (BBiG und Pflege) TVPöD, TVSöD und TVHöD sowie in den anderen aufgezählten Tarifbereichen sind ebenfalls umfasst.

Die dritte und vorerst letzte terminierte Verhandlungsrunde ist für den 27./28. März 2023 in Potsdam geplant. ■



© Friedhelm Windmüller (19)





Diverse Aktionen unserer Mitgliedsgewerkschaften

► komba

Am 26. Januar 2023 wurde die Kommunalgewerkschaft komba, Fachgewerkschaft der kommunalen Beschäftigten im dbb, mit ersten Warnstreiks anlässlich der Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Niedersachsen aktiv.

Aktionsschwerpunkte waren dabei unter anderem die Bereiche Stadt und Landkreis Lüneburg, Stadt und Landkreis Peine, Stadt Salzgitter, Landkreis Wesermarsch, Stadt Göttingen mit Göttingen Entsorgungsbetrieben sowie die Stadt Buchholz (Baubetriebshof).

Die Bürgerinnen und Bürger mussten sich auf kurzfristige Aktionen und Arbeitsniederlegungen in den Bereichen wie Kita, Entsorgung, Verwaltung, Bürgercenter et cetera einstellen. In den Kitas wurden die Eltern frühzeitig über die Warnstreiks mit Elternbriefen informiert.

In Salzgitter und Peine fanden Demonstrationen mit anschließenden Kundgebungen in den Innenstädten statt.

komba Sprecher Oliver Haupt: „Mit den Warnstreiks wollen wir unserer Forderung nach einer linearen Erhöhung der Entgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, Nachdruck verleihen. **Die Arbeitgeber haben in der ersten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt. Die Inflation trifft unsere Kolleginnen und Kollegen hart. Daneben erreicht der Fachkräftemangel in den Kommunen inzwischen ein Ausmaß, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunalverwaltung akut gefährdet ist.** Aus beiden



Gründen brauchen wir eine satte Erhöhung der Entgelte und werden dafür in den nächsten Wochen auf der Straße kämpfen.“

Ab dem 15. Februar 2023 hat die komba ihre Warnstreiks anlässlich der Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Niedersachsen fortgesetzt. Aktionsschwerpunkte waren dabei unter anderem die Bereiche Stadt Göttingen mit Göttingen Entsorgungsbetrieben, Stadt Nordhorn sowie die Stadt Wolfenbüttel, die Stadt Salzgitter und Bereiche der Stadt Braunschweig, die Stadt Hameln, die Stadt Hannover mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft (aha), die Stadt Laatzen sowie Stadt und Landkreis Lüneburg.

Die Bürgerinnen und Bürger mussten sich auf zum Teil kurzfristige Aktionen und Arbeitsniederlegungen einstellen.

► GeNi

Beschäftigte aus dem Gesundheitsbereich in Niedersachsen haben in aktiven Mittagspausen für eine angemessene Einkommenserhöhung demonstriert.

GeNi: Wir wollen Respekt!

Nach dem enttäuschenden Ausgang der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam haben sich am 1. Februar 2023 Beschäftigte und Mitglieder der GeNi – Gewerkschaft für das Gesundheitswesen an verschiedenen Klinikstandorten in Niedersachsen zu Protesten zusammengefunden.

Vor dem AWO Psychiatriezentrum in Königslutter unterstützte dbb Tarifchef Volker Geiger die Demonstrierenden:

„Man sollte glauben, die Pandemie habe auch dem Letzten deutlich gemacht, dass gute Pflege nicht aus der Portokasse zu bezahlen ist. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Pflegerinnen und Pfleger und wir müssen den Kolleginnen und Kollegen, die sich heute schon tagtäglich aufopfern, eine angemessene Bezahlung zukommen lassen. Wenn die Arbeitgeber das bis heute noch nicht begriffen haben und in der Krise für alles und jeden Geld da ist, nur nicht für den öffentlichen Dienst, dann müssen wir uns wehren.“

Der 1. Vorsitzende der GeNi, Jens Schnepel, forderte mehr Wertschätzung für das Pflegepersonal: **„Wieder bleibt ein Signal der Anerkennung durch die Arbeitgeber für die belastenden Tätigkeiten im Krankenhaus aus! Pflege ist Arbeit am Menschen. Deswegen demonstrieren wir für mehr Respekt, Wertschätzung, bessere Arbeitsbedingungen und Entgelt!“**



► BDZ

Blockade der Arbeitgeber ist eine Anmaßung!

Beschäftigte des Hauptzollamts Münster und der Generalzolldirektion trafen sich am 30. Januar 2023 ebenfalls zu einer aktiven gewerkschaftlichen Mittagspause. Zu der Protestaktion hat der Vorsitzende des BDZ-Ortsverbands Münster, Matthias Westphal, aufgerufen. Zahlreiche BDZ-Mitglieder zeigten die Bereitschaft, sich für die berechtigten Forderungen in der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen einzusetzen.

Adelheid Tegeler, Mitglied der dbb Bundestarifkommission und stellvertretende BDZ-Bundesvorsitzende, informierte über den aktuellen Stand der Tarifrunde und kritisierte in ihrer Rede die Haltung der Arbeitgeberseite. In der derzeitigen Situation seien die Blockaderituale der Arbeitgebenden eine Anmaßung und führten zu noch mehr Unmut bei den Kolleginnen und Kollegen des Zolls.

► VAB

Die Standortgruppe des VAB Westerstede hat vor dem Bundeswehrkrankenhaus in Westerstede einen Warnstreik sowie eine aktive Mittagspause mit einigen Mitgliedern der GeNi zusammen durchgeführt.



für euch. mindestens



Fahrradleasing für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen?

In der vergangenen Legislaturperiode gab es zum Thema Fahrradleasing zwei Entschließungsanträge: am 27. August 2019 von der Fraktion Bündnis 90/Grüne „Mit dem Rad zur Arbeit: Dienstfahrräder auch für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen“ (LT-Drs. 18/4448) und am 10. Mai 2022 von den Fraktionen SPD und CDU „Niedersachsen ist Fahrradland: Fahrradleasing-Angebote für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ermöglichen“ (LT-Drs. 18/11199). Inhaltlich waren die Anträge unterschiedlich.

► Bei dem Antrag von Bündnis 90/Grüne heißt es:

„Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zur Förderung der klimaneutralen Mobilität auch in Niedersachsen die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass vom Dienstherrn geleaste Dienstfahrräder, Pedelecs und E-Bikes den Beamtinnen und Beamten und den Richterinnen und Richtern im Rahmen einer Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung überlassen werden können,

2. die Bundesregierung aufzufordern, gemeinsam mit allen Bundesländern und deren Tarifpartnern lösungsorientiert darüber zu verhandeln, dass entsprechende Regelungen auch für Angestellte zur Anwendung kommen,

3. dem vorgelagert ein entsprechendes Radleasingmodell in der Landesregierung, den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes einzuführen und für die Durchführung einen externen Dienstleister zu beauftragen.“

► Entschließungsantrag Fraktionen SPD und CDU

Der Inhalt dieses Antrags lautet: „Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. um Berichterstattung über Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele von angestrebten und eingeführten Leasingmodellen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in anderen Bundesländern im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung,

2. anschließend an eine gefundene Tariflösung diese auf das Niedersächsische Besoldungsgesetz (NBesG) zu übertragen und so zu ändern, dass über das Land Niedersachsen beziehungsweise durch einen beauftragten Dienstleister geleaste Dienstfahrräder, Pedelecs und E-Bikes für die Beamtinnen und Beamten sowie für die Richterinnen und Richter in Niedersachsen im Rahmen einer Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung überlassen werden können.“

► Ausschussberatungen

Beide Anträge wurden in diversen Ausschüssen des Landtags beraten. Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Juni 2022 gab das Finanzministerium dazu eine Stellungnahme ab und äußerte sich unter anderem wie folgt: „Das Dienstadleasing berührt sowohl Fragen des Tarifrechts als auch des Besoldungsrechts.“

Für eine Umsetzung des Dienstadleasings im Besoldungsrecht, sofern diese politisch gewollt ist, müsste lediglich das Besoldungsgesetz um einen Paragraphen erweitert werden, der eine Entgeltumwandlung möglich macht. Andere Länder haben eine solche Gesetzesänderung bereits vorgenommen.

Eine Umsetzung im Tarifbeschäftigtenbereich ist hingegen schwieriger. Die TdL hat das Dienstadleasing jahrelang abgelehnt. Da aber einige Länder eine entsprechende Regelung in ihre Besoldungsgesetze aufgenommen haben und das Dienstadleasing auch ihren

Tarifbeschäftigten ermöglichen wollen, hat es Anfang des Jahres (2022) eine Abstimmung in der TdL gegeben, wonach es Ländern mit Regelungen zum Dienstadleasing im Besoldungsrecht im Sinne einer Öffnungsklausel ermöglicht wird, dahin gehende landesbezirkliche Tarifverhandlungen zu führen. Da einige Mitgliedsländer der TdL das Dienstadleasing kritisch betrachten, führt die TdL entsprechende Verhandlungen nicht selbst.“

Für die CDU führte Ulf Thiele aus, dass es aus Sicht seiner Fraktion nicht positiv zu bewerten wäre, wenn ein Teil der Landesbediensteten ein Angebot fürs Dienstadleasing bekämen und ein anderer nicht, da es keine Ungleichbehandlung von Beamten und Tarifbeschäftigten geben solle. Grundsätzlich folge man dem Prinzip, dass die Beamtenbesoldung der Tarifvergütung folge, dass also, wenn Tarifabschlüsse vorlägen, die Beamtenbesoldung entsprechend angepasst werde. An dieser Stelle würden die beiden Bereiche dann auseinanderklaffen. Auch würde es nicht zu einem guten Arbeitsklima beitragen, wenn entsprechende Möglichkeiten nur für einen Teil der Bediensteten bei inhaltlich gleicher Beschäftigung eröffnet würden. Insofern sei es sinnvoll, zunächst die tarifvertragliche Problematik zu lösen, bevor das Besoldungsgesetz geändert werde – unabhängig von der Frage, wie eine Umsetzung organisatorisch ausgestaltet werde.

Die SPD-Fraktion durch Frank Henning wies daraufhin, dass es im Antrag der Koalitionsfraktionen im ersten Punkt darum gehe, dass das Verkehrsministerium Best-Practice-Beispiele aus anderen Bundesländern zusammentragen und dem Landtag Ideen vorstellen solle. Der wesentliche Punkt des Antrags sei der zweite. Die Haltung der Gewerkschaften in diesem Punkt

sei kritisch zu sehen. Nach seiner, Hennings, Auffassung sei es nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine entsprechende Vereinbarung in den Tarifverträgen abzulehnen, da sie eine solche Regelung wollten. Zwar könne es sein, dass die Entgeltumwandlung zu einer Verringerung bei den Sozialversicherungsbeiträgen führe, dies sei unter dem Strich aber hinnehmbar. In der Abwägung sei es wichtiger, das Dienstadleasing voranzubringen.

Die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung lautete schließlich Annahme des Antrags der Fraktionen SPD und CDU und Ablehnung des Antrags von Bündnis 90/Grüne. Bei der abschließenden Beratung im Landtag am 22. September 2022 wurde dem zugestimmt. Im Rahmen der Debatte sagte Sabine Tippelt (SPD) unter anderem: „Die Gewerkschaften unterstützen unseren Vorschlag. Damit ist der Weg frei, im Rahmen der nächsten Tarifverhandlungen Vorteile des Radleasings für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Die SPD wird in diesem Prozess eine aktive Rolle einnehmen. Sobald die Einigung umgesetzt wurde, werden wir die Regelung kurzfristig auf unsere Beamtinnen und Beamten übertragen. So wird der Grundsatz, dass es keine Ungleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten und der Beschäftigten geben soll, eingehalten.“ Gerda Hövel (CDU) wies ebenfalls daraufhin, dass Fahrradleasing für alle möglich sein muss. Eva Viehoff (Bündnis 90/Grüne) kritisierte, dass, es wenn man es ernst meine, dass Niedersachsen ein Fahrradland sei, wenigstens ein Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes hätte eingebracht werden können, um damit zumindest für die Beamten und Beamtinnen die Möglichkeit des Dienstfahrradleasings ermög-



lichen zu können. So bliebe am Ende der Legislaturperiode nicht mehr als eine Absichtserklärung.

Erneuter Entschließungsantrag in dieser Legislaturperiode

Am 17. Januar 2023 wurde dann erneut ein Entschließungsantrag der jetzigen Regierungsfractionen eingebracht: „Niedersachsen sattelt auf: mit Fahrradleasing in Richtung Mobilitätswende“ (LT-Drs. 19/312). Die Forderungen diesmal: „Um die Attraktivität kostengünstiger, gesunder und klimaneutraler Mobilität noch weiter zu steigern, bittet der Landtag die Landesregierung,

1. dem Landtag einen Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) vorzulegen, damit vom Dienstherrn geleaste Dienstfahräder, Pedelecs und E-Bikes für die Beamtinnen und Beam-

ten sowie für die Richterinnen und Richter in Niedersachsen im Rahmen einer Entgeltumwandlung zur privaten Nutzung überlassen werden können,

2. ein entsprechendes attraktives Fahrradleasingmodell für die Landesverwaltung einzuführen und für die Durchführung, analog den Best-Practice-Erfahrungen anderer Bundesländer, einen Dienstleister zu beauftragen,

3. in Zusammenarbeit mit den anderen 14 Bundesländern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den weiteren Tarifpartnern ähnliche Regelungen, analog zu den Vorgaben für kommunale und Bundestarifbeschäftigte, auch für Landestarifbeschäftigte voranzubringen.“

Plenardebatte

In der Plenardebatte am 26. Januar 2023 sagte Sabine Tippelt

(SPD): „Für uns als rot-grüne Koalition sind die weiteren Schritte klar: Wir bitten die Landesregierung, dem Landtag eine entsprechende Änderung des Besoldungsgesetzes vorzulegen. Daran anschließend soll ein attraktives Leasingmodell für die Landesverwaltung eingeführt werden, wozu es genügend Beispiele aus anderen Bundesländern gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen aber auch die vielen Tarifbeschäftigten in unserer Landesverwaltung nicht vergessen. Daher setzen wir darauf, in Zusammenarbeit mit den anderen 14 Bundesländern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder eine ähnliche Regelung zu erreichen. Zwar liegen die Beratungen noch vor uns, ich bin mir aber sicher, dass wir diese aufgrund der langen Vorgeschichte schnell abschließen können.“

Die CDU hingegen forderte erst einmal, eine Bedarfsabfrage un-

ter den Beschäftigten, ob überhaupt Bedarf bestehe, durchzuführen. Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) sagte unter anderem: „Ich will aber auch sagen: Wir wollen ganz bewusst nicht darauf warten, dass sich die Tarifvertragsparteien einigen. Sie werden sich vielleicht auch entsprechend einigen, aber das hätte viel mehr Zeit gekostet. Und warum sollen wir die Zeit, die wir bis dahin haben, nicht nutzen, um den Umstieg zu ermöglichen?“

Dieser Antrag wurde in der 9. Plenarsitzung am 22. Februar 2023 mit der Ergänzung unter Punkt 3, „Anzustreben ist die zeitgleiche Einführung des Fahrradleasing-Angebotes für die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen“, angenommen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung empfiehlt, den Antrag unverändert anzunehmen. ■

Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

In dieser Ausgabe geben wir einen kurzen Überblick über aktuelle Presseinformationen unserer Mitgliedsverbänden.

Berufsschullehrer-verband Niedersachsen (BLVN)

der VNL/VDR unter anderem mit der Aussage

„Die Empfehlungen lesen sich

wie das Drehbuch eines schlechten Films“ sowie der PHVN geäußert.

Philologenverband Niedersachsen (PHVN)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL)

Zum Gutachten der SWK (Ständige Wissenschaftliche Kommission) der Kultusministerkonferenz zum „Lehrermangel“ haben sich sowohl der VBE unter dem Titel „Klare Absage zu Empfehlungen zur Bekämpfung der Personalnot!“ als auch

Zum Ende des 1. Schulhalbjahres gab es dann Statements ebenfalls aller drei Verbände zur Unterrichtsversorgung und der damit verbunden Besetzung von offenen Lehrerstellen, da aus ihrer Sicht mittlerweile ein eklatanter Lehrermangel besteht.

Der BLVN forderte in diesem Zusammenhang einen „Doppelwumms“ bei der Nachwuchsgewinnung.

Thema waren auch die Beschlüsse der Jahresauftaktklausur des Landeskabinetts sowie 100 Tage rot-grüne Bildungspolitik in Niedersachsen. Es sei jetzt genug der Diagnosen, es müsse angepackt und Probleme gelöst werden.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Zahlreiche Themen beschäftigten in den letzten Wochen die DPoIG. Es ging um die Diskussion „E-Scooter und Alkohol“, das bislang nicht eingelöste Wahlversprechen der Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, über das erst in der nächsten Haushalts-

klausur der Landesregierung entschieden werden soll, die Fachtagung „Gewalt gegen Retungskräfte, Feuerwehr und Polizei“ und die Aktionen der Klimaaktivisten, bei denen zwar die Intention nachvollziehbar sei, aber Botschaft und Handeln aus Sicht der DPoIG nicht zusammenpassen.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Dass es zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten in der Laufbahngruppe 2 in der Steuerverwaltung geben wird, wird von der DSTG ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig wird aber auch gefordert, die Einstellungszahlen im Bereich der Laufbahngruppe 1 ebenfalls enorm zu erhöhen und zusätzliche Einstellungen im Tarifbereich vorzunehmen. ■